Zeitschriften

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art**

Band (Jahr): **53 (1966)**

Heft 5: **Innerstädtische Läden; Ein regionales Schnellbahnsystem**

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

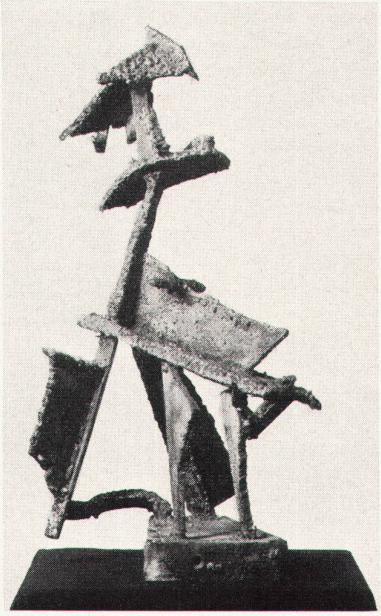
Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

3



4

3
Yasse Tabuchi, Le bouquet II, 1963. Galerie Ariel, Paris

4
Robert Jacobsen, Eisenplastik. Galerie de France, Paris

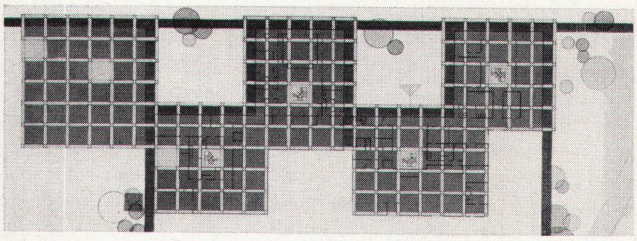
Reaktion auf sie, auf dort nicht zu findende Werte aufmerksam machen.
Michel Ragon hat in der Galerie Lacloche Bury, Chavignier, Guitet, Kosice, Nikos, Philolaos, Schneider gemeinsam eingeladen, ein Studio innenarchitektonisch auszubauen (Studio Meublé). Die ganze Gruppe wollte zeigen, wie die heutige kalte Architektur mit ihrem Übermaß an rechten Winkeln durch Künstler vermenschlicht werden könnte. Alle Gebrauchsgegenstände des ganzen Wohnraumes, auch die Television, das Büchergestell, die Bibliothek und anderes, sollten neue, durch sie geprägte Formen erhalten.

Die Galerie Lambert zeigte junge tschechische Künstler, bei denen die surrealisierenden Tendenzen vorherrschen. Um nicht zu viele Beispiele anzuführen, seien hier nur drei Bildhauerausstellungen erwähnt. Während an der Biennale mehr plastische Objekte mit neuen Materialien (wirklichen, dem Alltag entnommenen) gezeigt wurden, wobei ihr «Dasein» als Kunstwerk durch den jeweiligen philosophischen Hintergrund gerechtfertigt und erklärt wurde, ging es hier um Bildhauer, deren Konzeption noch traditionell materialverbunden und deren Problematik ausschließlich im plastischen Werk selber fundiert war. In der Galerie A sah man den etwas barocken Bildhauer Dyens, in der Galerie Suzanne de Coninck die aus zwei Metallen verfertigten Skulpturen des Kanadiers Trudeau und in der Galerie Zunini sieben junge Bildhauer, deren Freude an der Materialbearbeitung und deren Hang zu Monumentalität evident waren.
Auch einige Einzelausstellungen fielen gerade wegen ihrer stark individuellen Prägung jenseits der allgemeinen Strömungen auf. Für den Beschauer waren viele persönliche Entwicklungen zu verfolgen, so die gigantischen, bunt bemalten, an Karnevalsfiguren erinnernden Puppen, die «Nanas», von Niki de Saint-Phalle in der Galerie Iolas, die immer dekorativer wirkenden und vor allem ästhetischen Zeichen von Mathieu (Galerie Charpentier), die leuchtenden, echt malerischen, freien Bilder von Tabuchi (Galerie Ariel), die kräftigen letzten Gemälde von Maryan (Galerie de France), später die auf eine einfache Indikation beschränkte Malerei eines Aguyao (Galerie Jeanne Bucher), die letzten Werke des Bildhauers Visieux (Galerie Point Cardinal) und des etwas eleganter gewordenen Hajdu (Galerie Knoedler) sowie die kräftigen Eisenfiguren von Jacobsen (Galerie de France). Jeanine Lipsi

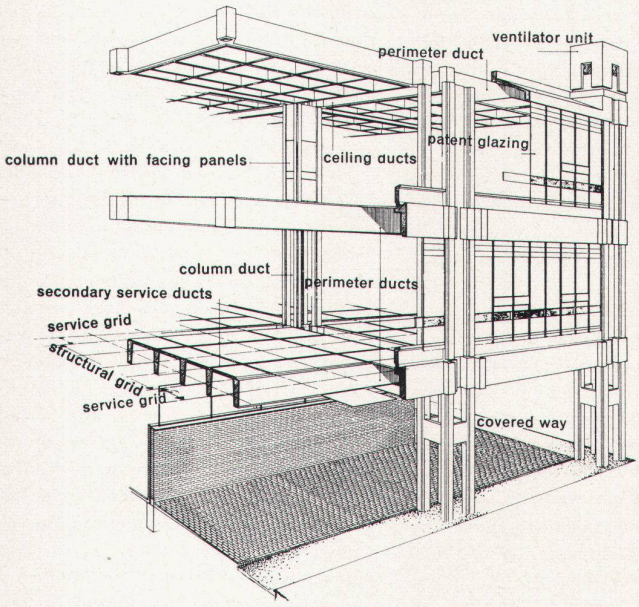
Zeitschriften

Flexibel bauen

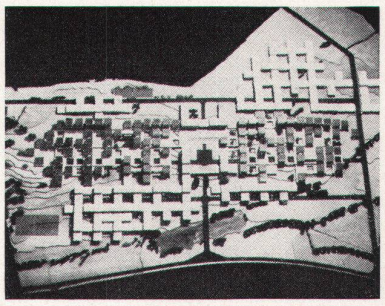
Das «*RIBA Journal*» (GB), März 1966, enthält einen Vortrag, den der Architekt Philip Dowson am Royal Institute of British Architects gehalten hat, mit dem Titel «Des Architekten Ansicht zur Architektur». Dowson, dessen Leckhampton House im WERK 1/1966 vorgestellt wurde, erläutert in erster Linie seine Arbeiten, von denen zwei weitere Universitätsbauten interessant sind.
Er schildert seine Laufbahn und deren entscheidende Stadien; wichtig wurde ihm dabei das Problem: «... Wie die Bedürfnisse der industriellen Methode in Einklang bringen mit denen einer lebenswerten Umwelt – wie Vorsorge treffen für Massenbedarf, ohne ihn zu zermalmen durch gerade die Maßnahmen, die entworfen sind, ihn zu befriedigen?»
Beim Eintritt in das Büro Arup kam dann die Erfahrung der Gruppenarbeit hinzu, die für ihn so befriedigend wurde, daß er den Gedanken an ein eigenes Büro, für das sich die Möglichkeit bot, zugunsten dieser Zusammenarbeit fallenließ. Er betont deshalb auch, daß die gezeigten Entwürfe das Ergebnis der Zusammenarbeit sind.
Neben Industrie- und Wohnbauten zeigt Dowson Laboratorien für die Universität Birmingham. «Ein Laboratorium ist 'geschachtelte Dienste', und die Struktur muß sich gänzlich deren Erfordernissen anpassen. Wir bauen keine 'Leitungen', aber stellen sicher, daß die Konstruktionsmethode ein fortlaufendes horizontales und vertikales Netz von Räumen liefert, ein Netzwerk von strukturellen Unterbrechungen.»
Die Konstruktion basiert auf einer vorfabrizierten Betonplatte von 6 m Seitenlänge und 17 t Gewicht, um die horizontale und vertikale Versorgungsraster angeordnet sind. Besonderer Bedacht wurde auf Wachstum und Veränderung genommen.
Der Entwurf für die Loughborough University of Technology ist geprägt von der Notwendigkeit, einen Baukomplex zu planen, dessen Funktionsschema und endgültige Größe heute noch nicht bekannt sind, in dem die Fakultäten möglichst wenig abgegrenzt sein sollen.
Deshalb wird besonderer Wert auf die große Anpassungsfähigkeit der Baustruktur an verschiedenste Nutzungsarten gelegt. Ausdehnung und Veränderung der ganzen Anlage wie auch der einzelnen Teile sind eingeplant.
Dowson sagt:
«Es gibt ein dichtes Nebeneinander von Leben und Wohnen, Zusammentreffen und Ausruhen, und das alles macht das Leben einer Universität aus. Von der Beteiligung der aufeinanderfolgenden Generationen von Studenten (die ihr Verhalten ändern werden, wie die Gesellschaft sich ändert), wird das Leben und die Vitalität dieser Gesellschaft des Lernens abhängen. Wir haben ein Rahmenwerk zu schaffen, in dem dieser Organismus von Individuen sich entfalten kann. Er wird so mannigfaltig sein wie die Menschen, die ihn bilden; er kann keine einzelne Sache, auch keine Serie von Sachen sein – ganz sicher kein Monument.
Um zu leben, muß er eine Menge von Aktivitäten einschließen, aber schließlich muß er eine eigene reiche Identität



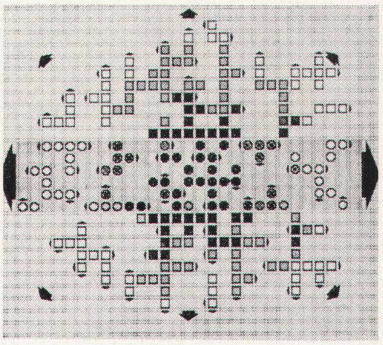
1



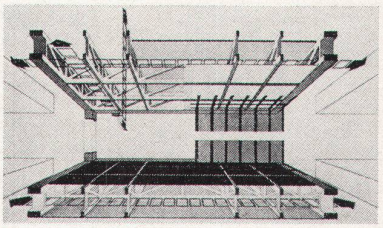
2



4



5



6

1
Der Lageplan zeigt die Reihung identischer Grundeinheiten. Die Nebenräume liegen im Innern, die Laboratorien an der Peripherie der Bauten

2
Eine Geometrie mehrfacher Raster, das heißt Installations-Planungs- und statische Raster, aufeinander bezogen, aber nicht übereinstimmend

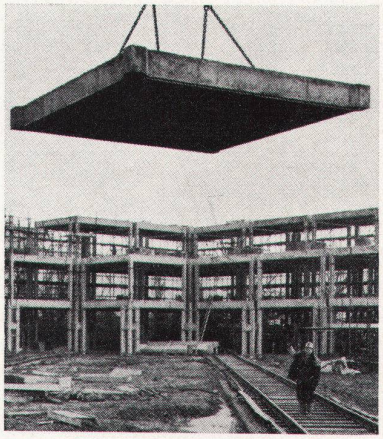
3
Eine vorgefertigte Deckenplatte wird verlegt. Die Konstruktion liefert ein Netzwerk horizontaler und vertikaler Räume für Installationen

4
Loughborough, schematisches Modell der 5000-Studenten-Aufbaustufe

5
Die Wachstumsstruktur der Verwaltungs- und Wohnsektionen ist linear; die Akademie- und Lehrbereiche können sich konzentrisch an beiden Seiten ausdehnen

6
Schematischer Schnitt durch eine Raumeinheit. Eine Geometrie vielfacher Raster für die Planung, die Installationen und die Konstruktion

Bilder: RIBA-Journal, March 1966



3

haben ... In diesen letzten Universitätsentwürfen haben wir versucht, den Reichtum und die Varietät der Räume auszunutzen, die geschaffen werden können in den strikten geometrischen Disziplinen, die eine Industrialisierungsmethode widerspiegelt.» Pfromm

Soziale Integration

Barcelona wächst jährlich um rund 30000 Einwohner. Die Zeitschrift «*Cuadernos de Arquitectura*», Organ der Architekten Kataloniens, beschäftigt sich in mehreren Nummern mit der Behausung dieser schnell wachsenden Bevölkerung.

In Nummer 60, 1965, gibt sie einen allgemeinen Überblick, versucht eine generelle Beurteilung der Entwicklung und stellt anhand einer Fallstudie die konkrete Situation dar.

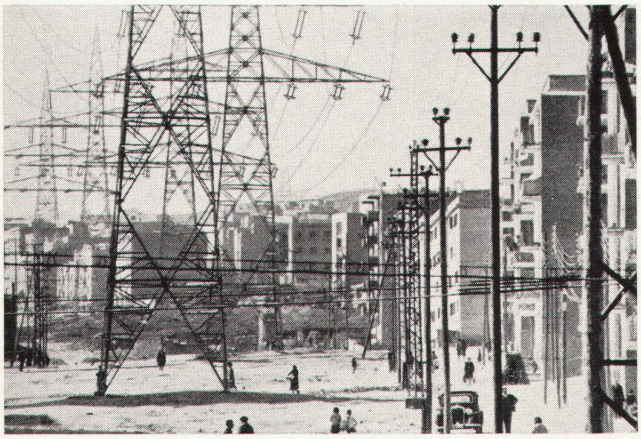
Die Stadt sprengte zum erstenmal ihre Mauern um 1850. In einer planmäßigen klassizistischen Bebauung der Außenquartiere und deren Eingemeindung fing sie den Druck der ersten Industrialisierung auf. Seit dem Ende des Bürgerkrieges ist eine zweite Erweiterungsphase angelaufen; sie unterscheidet sich von der ersten vor allem durch ihre Planlosigkeit. Ein weiter Kranz von Vororten wird ungeregelt und ohne Zusammenhang mit der Gesamtstadt ausgebaut. Diese neuen Wohnbauobjekte zeichnen sich durch besondere städtebauliche Mängel aus: die Bauplätze befinden sich in ausgesprochen schlechter Wohnlage, in der Nähe von Fabriken, Bahnlinien, Schutthalden; das Gelände ist oft sumpfig oder steiles Ödland.

Die Parzellen sind sehr stark ausgenützt, die Bauten stehen in Zeilen dicht zusammengedrängt. In diesen Neubaugebieten besteht ein Mangel an allen öffentlichen Einrichtungen, die städtische Infrastruktur ist nur teilweise ausgebaut, Straßen und Wege sind zum großen Teil ohne staubfreien Belag.

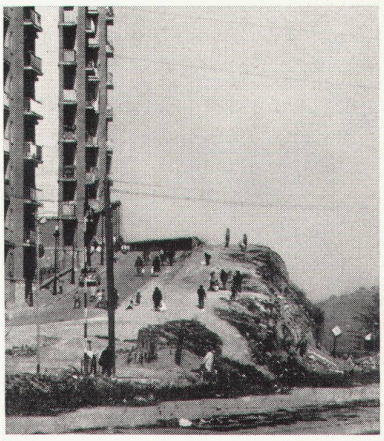
Bei der Suche nach den Ursachen dieses schlechten Zustandes der Vororte verliert man sich schnell in einem Gestrüpp von Plänen, Revisionen und Planänderungen durch Beamte, Politiker und Privatinteressenten. Über die Vorgänge während des Ausbaues solcher Quartiere sind keine Unterlagen vorhanden. Die Redaktion bemüht sich deshalb in einer Fallstudie, eine repräsentative Dokumentation zusammenzutragen.

Sie wählte die Neubaugebiete von Barrios Altos und der Vorstadt San Andrés, für die auch eine Teilbereiche betreffende soziologische Untersuchung vorliegt. San Andrés liegt 8 km vom Stadtzentrum entfernt und beherbergt 80000 Einwohner. In den Barrios Altos untersucht die Studie ein Gebiet mit staatlichem Wohnungsbau und ein Viertel, in dem die Einwohner selbst Notbehausungen errichteten. Ursprünglich waren in der sehr hügeligen Gegend Kleingärten und Reben angelegt. In der ersten Entwicklungsphase siedelte sich Industrie an. Ab 1940 begann mit der großen Migrationswelle die Bautätigkeit; zuerst entstanden eingeschossige Unterkünfte mit Kleingärten. 1950 wurden zwei staatliche Siedlungen erstellt. Um 1957 wurde ein Teilbebauungsplan festgelegt, der auf 63 ha 35000 Einwohner in fünf Schulnachbarschaften vorsah.

1949 begann die Errichtung der Notbe-



1



2

3

1, 2
Moderne Siedlungen – aber ohne genügende Infrastruktur, ohne Umgebungsarbeiten und ohne Aufenthaltsorte für die Bevölkerung

3
Beispiel einer planlos von den Bewohnern selbst errichteten Bebauung

Bilder: Cuadernos de Arquitectura, Nr. 60/1965

hausungen durch die Bewohner auf billigen, sehr steilen Hangparzellen; diese Bauentwicklung nahm ständig zu, so daß 50% der Häuser zwischen 1959 und 1963 entstanden sind.
Heute sind nur zwei Straßen des Teilbebauungsplanes erstellt; das Gebiet beherbergt aber 70000 Einwohner. Die Bevölkerung setzt sich aus 33,7% Katalonen und 66,3% Andalusier und anderen Nicht-Katalanen zusammen. Altersaufbau und Zivilstand zeigen das typische Bild einer Zuwandererbevölkerung: hoher Anteil der arbeitsfähigen Jahrgänge, der Kinder unter 14 Jahren, der Ehepaare und ledigen Männer. Die Gebürtigkeit liegt höher als im lokalen Durchschnitt. Die Berufstätigen sind gelernte und ungelernte Arbeiter. Der Anteil der Ungelernten beträgt 31% gegen 10% im städtischen Durchschnitt. Die Wohndichte beträgt 6,7 Einwohner pro Wohnung. In den staatlichen Wohnbauten waren 5,8 Einwohner vorgesehen; mittlerweile beträgt die Belegung 9–12 Einwohner pro Wohnung.
50% der Familien leben in Untermiete; im Durchschnitt der Stadt sind es 15%.
Von den 882 Notwohnungen waren
592 ohne fließendes Wasser;
373 ohne Strom;
292 ohne Bad und Küche, mit WC;
176 ohne Bad und Küche, ohne WC.
Im Quartier sind 1900 Schulplätze vorhanden; schulpflichtig sind aber 2500 Kinder. Wegen der Reprivatisierung von Schulbauplätzen bestehen keine Möglichkeiten, zusätzlichen Schulraum zu beschaffen. Das Gebiet wird von zwei Bus- und einer Straßenbahnlinie tangiert. Der Weg zum Stadtzentrum beansprucht 45 Minuten bis eine Stunde.
Als wichtigstes soziales Problem erkennt die Studie die Integration der Zuwandererbevölkerung, das mit ihrer Unterbringung in Notwohnungen, aber auch in Siedlungen, keineswegs gelöst ist. In Barcelona kommt zum Gegensatz zwischen Städtern und armer zuwandernder Landbevölkerung der kulturelle und sprachliche Gegensatz der Katalonen zum übrigen ländlichen Spanien hinzu.
Die Unterbringung der Fremdarbeiter in isolierten, weitgehend von ihnen dominierten Siedlungen, die sich durch außerordentlich geringe soziale Ausrüstung auszeichnen und ohne strukturelle Beziehung zur Stadt sind, verhindert jede Integration. Da die Zuwanderer kulturell und wirtschaftlich auf niedrigerer Stufe stehen als die Einheimischen, in ihren Wohnquartieren von der Stadt abgetrennt leben und durch den niedrigen Status dieser Quartiere diskriminiert sind, begreifen sie sich als von der etablierten Gesellschaft ausgenutzt, als hilflose Außenseiter: «... auch in der deutschen Schweiz, einem Land von hohem Lebensstandard, aber mit einer markanten und von der ihren verschiedenen Mentalität, stimmen die italienischen Arbeiter für die Kommunisten.»
Das Erscheinungsbild dieser Notlage ist eine unerfreuliche städtebauliche Situation. Doch obwohl auch die Stadtplaner Fehler machen, vor allem im mechanischen Vollzug der generalisierenden CIAM-Thesen, ist ihr Einfluß unbedeutend im Vergleich mit der negativen Wirkung der unqualifizierten Administration, deren vordringlichste Aufgabe die Integrationsmaßnahmen wären. Um sich von der Wichtigkeit dieser Bemühungen zu überzeugen, «genügt es, die langen Debatten, die über dieses Thema in der letzten Zeit im Parlament von Bern stattfanden, zu studieren oder die Reden Walkers während seiner Wahlkampagne in Layton zu lesen».
Nur die Koinzidenz der Unfähigkeit der Verwaltung, administrative Planungsmaßnahmen durchzuführen, mit dem Fehlen jeder politischen Bemühung um eine wirksame Integrationspolitik, kann dazu führen, daß der Zustrom von jährlich 30000 arbeitsamen Bürgern in unwohnliche, teure und entfernte Bauquartiere gelenkt wird und dort, zum Nutzen einiger weniger Grundbesitzer, eine ständig wachsende Gefahr für das Gemeinwesen erzeugt. Abschließend beurteilen die Autoren die Implikation der politischen Situation im städtebaulichen Erscheinungsbild: «Das Problem wird durch das wachsende Monopol der Zentralisierung der Städte über die Vororte verschlimmert. Im städtischen Gewebe findet die Oligarchie ihre getreue Übertragung, indem sie auf die Vororte wirkt, ihre menschliche Arbeitskraft ausnützt und sie gleichzeitig bei der Verteilung der städtischen Dienste und Güter ausschließt und segregiert.» Pfromm

Stadt und Politik

Im «*Archiv für Kommunalwissenschaften*» (D), 1. Halbjahresband 1965, wird ein Aspekt der Stadt betrachtet, der im Gedränge der Sachfragen, der funktionalen und ästhetischen Probleme seit langem nur noch zaghaft erwähnt wird. Rolf-Richard Grauhan nennt seine Studie «Zur politischen Theorie der Stadt». Er beginnt: «Das Verschwinden der Stadt unter dem Mantel der Einheitsgemeinde hat ihre politische Bedeutung zwar verdeckt, aber nicht beendet.»
Das Bestreben, die Staatsverwaltung durch die Schaffung von Einheitsgemeinden zu rationalisieren, kann nicht einem bestimmten politischen System zugeeignet werden. Allerdings entsteht, besonders mit der Entpolitisierung der Gemeinden im Deutschland der preußischen Reformen, für die Stadt eine Reduktion auf vereinsmäßige Verwaltung der eigenen Angelegenheiten, fernab vom politischen Getriebe des Staates, wie sie allenfalls für das Dorf angehen mag.
Die Überhöhung der Vorstellung von der unpolitischen «kommunalen Selbstverwaltung» führte zu einer Diskrepanz zwi-

schen der juristisch-funktionalistischen Stadtvorstellung und der Wirklichkeit einer, gerade in der Industrialisierungsphase, in ihrer politischen Bedeutung erheblich gewachsenen Stadt. «Das Problem der Form und Gestalt, der Größe und Existenz der Stadt wurde demzufolge nur in bemerkenswert unpolitischer Weise erörtert, so als handele es sich bei den Fragen der Konzentration oder Auflösung der Stadt um ein Problem, das nur den Architekten und Wirtschaftler, allenfalls den Familiensoziologen, kurz den Spezialisten etwas anginge.»

Der Autor stellt sich angesichts der Bemühungen, die Stadt einerseits in «überschaubare» Verwaltungseinheiten zu gliedern, anderseits der Verflechtung der Stadt und ihrer Region mit der Schaffung einer neuen politischen Einheit Rechnung zu tragen, die Frage: «Ist die Stadt heute noch eine politische Einheit, kann sie und soll sie es noch sein?»

Die politische Einheit muß dabei als die umfassende Einheit, im Gegensatz zu besonderen Zweckzusammenschlüssen betrachtet werden. Ein Verlust an politischer Funktion der Stadt wird konstatiert, auch in den lange als «klassisch» angesehenen kommunalen Aufgaben der Erziehung und Sozialleistungen. In allen Bereichen fordert die Gesamtheit des Staates Beachtung, und sei es nur in der Koordination der Maßnahmen.

Die räumliche Einheit, bisher Kennzeichen der Gemeinde als «Gebietskörperschaft», wird für die Stadt in Frage gestellt durch ihre Umlandverflechtung mit der Region, «die die Stadt selbst in Frage stellt».

Zum wichtigsten Aspekt aber wird die Frage nach der umfassenden Einheit. Nur wenn die Stadt tatsächlich einen Lebenszusammenhang zu umgreifen vermag und nicht nur einzelne, spezielle Aktivitäten, kann sie umfassende, also politische Einheit sein.

«Wir stehen vor der Erscheinung, daß es zwar eine forschreitende 'Verstädterung' gibt und die bisher als 'städtisch' bezeichnete Lebensart und Lebensweise sich immer weiter verallgemeinert, daß aber gerade in diesem und durch diesen Prozeß das Prinzip lokaler Einheit zum Problem wird.»

Bei der Verfolgung dieses Problems, daß die Stadt in zunehmendem Maße überörtliche, quasi territoriale Lebenszusammenhänge umfaßt, benutzt der Autor zwei Begriffe, die sich in seiner Studie als außerordentlich fruchtbar erweisen: Die Unterscheidung von effektivem und beherrschtem Lebensraum. Beherrschter Lebensraum: «der dem Einzelnen auf eine so intensive Weise zugeordnet ist, daß er innerhalb dieses Lebensraumes verfügen und gestalten kann». Effektiver Lebensraum: «innerhalb dessen sich das Dasein des einzelnen konkreten Menschen tatsächlich abspielt».

Der beherrschte Lebensraum ist das Kennzeichen des bäuerlichen Anwesens. Mit der Möglichkeit der Selbstversorgung, die das Dorf kennzeichnet, überlagern sich effektiver und beherrschter Lebensraum. Das trifft für die Stadt keineswegs zu; schon immer verfügte sie über einen weitgedehnten effektiven Lebensraum, der sich aber heute zur Weltweite ausdehnt.

Diese mundiale Verflechtung der Industriegesellschaft wird aber nirgends deutlicher als im wenn auch nicht beherrschten, so doch belebten Raum der Stadt.

In diesem belebten Raum nimmt der Einzelne teil am weltweiten Geschehen, und die «Ausformung zu einer politischen Einheit bietet somit die Möglichkeit, dem Umkreis der Teilnahme des Menschen an der territorial weit verflochtenen modernen industriellen Lebensweise politisch zu 'verfassen'». Damit wird die Möglichkeit der Stadt im demokratischen Staat gefunden: «Wird der belebte Raum, der – wie er auch immer aussehen mag – heute Teilstück des Ganzen ist, so ausgestaltet, daß in ihm das Ganze auch sichtbar wird, so ergibt sich die Chance, den territorial verfaßten Zusammenhang individuell erlebbar und damit erst voll begreifbar zu machen.» Und gerade im demokratischen Staat ist es erforderlich, daß der Bürger die weitgespannten Dimensionen jener Zusammenhänge erfaßt, über die er entscheidet: «Anschaulich können diese Dimensionen nur in der Verdichtung werden, die die Stadt aufweist – je größer sie ist, desto mehr.»

Dieser These steht die Vorstellung entgegen, das Dorf als kleiner, geschlossener Lebenskreis, als «Nachbarschaft», schaffe dem Menschen die beste Möglichkeit zu seiner Entfaltung. Die Nachbarschaftsideologie sieht in dieser «bodenständigen Lebensweise» die Garantie für Vitalität und Produktivität, was sich im Gutachten zur Raumordnung in der Bundesrepublik so niederschlägt: «... wo die Verhältnisse überschaubar sind, wo der einzelne verantwortungsvoll bei den Gemeinschaftsangelegenheiten mitwirken kann und unter Kontrollen mannigfaltiger Art steht.» Das führt zur *Gliederung* der Stadt, in der man weltoffene Kultur der Stadt und dörfliche Vitalität in einer Kreuzung aus Stadt und Land zu erhalten vermeint.

Der Autor zeigt, daß wesentliche Eigenschaften der dörflichen Gemeinschaft in der modernen Industriegesellschaft unwiederbringlich verlorengehen: der beherrschte Lebensraum wird aufgerissen, vorüber ist die Einheit von Wohnen und Arbeiten, der Einzelne findet sich in einem vielfältigen Abhängigkeitsgefüge.

Dabei bietet die Stadt durchaus eine Chance, einen überschaubaren Lebenskreis zu schaffen. Allerdings ist eine differenzierte Betrachtung dieser Überschaubarkeit angebracht. H. P. Bahrdt stellte «Öffentlichkeit und Privatheit als Grundformen städtischer Vergesellschaftung» gegeneinander. In der Privatheit entsteht die Vitalsphäre des Menschen, sie muß ein geschlossener Lebensraum sein, nach außen abgeschirmt, überschaubar im Innern. «In die Öffentlichkeit dagegen gehört die politische Sphäre, das heißt die Sphäre jener Institutionen, die Entscheidungen fällen, welche das Leben aller betreffen.»

Die Trennung dieser beiden Bereiche ist für den demokratischen Staat unabdingbar, denn «... die Abgeschlossenheit der Privatsphäre sichert dem Menschen die Selbständigkeit seiner Person und setzt ihn damit instand, als Aktivbürger verantwortlich mit zu entscheiden.» Die modernen Nachbarschaftssiedlungen dagegen fördern (nach Jane Jacobs) die Desorientierung und Unsicherheit des Bewohners, dieser «findet sich in eine 'Gemeinschaft' gestellt, deren Öffentlichkeit er nicht will, da er die hier veröffentlichten Beziehungen – wieder zu Recht – seiner Privatsphäre zurechnet».

Hinzu kommt, daß die Siedlungen anscheinend nur erfolgreich sind, wenn die Bewohner ihrem Lebensstandard, ihren Interessen und ihrer Herkunft nach ähnlich sind. Die Trennung der Einwohner nach solchen Kriterien rücken längst privatisierte Unterscheidungsmerkmale wieder in die Öffentlichkeit und gefährden so die öffentliche Gleichheit der Bürger. Die Vermengung von öffentlicher und privater Sphäre muß als wesentliches Merkmal undemokratischer Zustände angesehen werden.

Der Autor faßt das Ergebnis seiner Studie zusammen und stellt fest, daß die Nachbarschaftssiedlung die «Bodenständigkeit des bäuerlichen Daseins nicht wiederherstellt ..., die Menschen aber über die wirklichen Abhängigkeiten ihres Daseins täuscht. Indem eine solche Aufteilung die tatsächliche überörtliche Verflechtung verhüllt, ohne sie aufheben zu können, erschwert sie den Menschen das Verständnis der ihnen als Staatsbürgern für die territorialen Einheiten abverlangten Entscheidungen. Der demokratische Prozeß würde unnötig gestört, undemokratische Bestrebungen würden gefördert werden.

Der demokratische Staat kann demnach nicht auf die Stadt als politische Einheit verzichten.»

Pfromm